

Vortrag an den Ministerrat

EU; Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten am 12. Dezember 2023 in Brüssel

Am 12. Dezember 2023 fand in Brüssel eine Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten statt. Auf der Tagesordnung standen die Vorbereitung des Europäischen Rates am 14./15. Dezember 2023, das Europäische Semester 2024, die Evaluierung des jährlichen EU-Rechtsstaatlichkeitsdialogs, die EU-Erweiterung, der demografische Wandel in Europa, die Verhandlungen über ein Assoziierungsabkommen der EU mit Andorra und San Marino sowie der Vorschlag zur Änderung des EU-Sprachenregimes. Der spanische Ratsvorsitz informierte zudem über die Arbeiten zum Thema Zukunft Europas und über den Vorschlag zur Schaffung einer makroregionalen Strategie für den EU-Atlantikraum.

Vorbereitung des Europäischen Rates am 14./15. Dezember 2023

Es fand ein Austausch auf Basis des Entwurfs der Schlussfolgerungen für den Europäischen Rat am 14./15. Dezember 2023 statt.

Ich bekräftigte dabei die Solidarität Österreichs mit der Ukraine. Zur Unterstützung im Sicherheitsbereich verwies ich auf den besonderen Charakter der Sicherheits- und Verteidigungspolitik bestimmter Mitgliedsstaaten, darunter Österreich.

Zur Lage im Nahen Osten sprach ich mich für ausgewogene Schlussfolgerungen des Europäischen Rates aus und hob insbesondere die Verurteilung des Terrors, inklusive der Gewalttaten gegen Frauen und Mädchen, das Recht Israels auf Selbstverteidigung im Einklang mit dem humanitären Völkerrecht, den Aufruf zur bedingungslosen Freilassung der Geiseln sowie die Schaffung humanitärer Korridore für humanitäre Zwecke hervor.

Zur EU-Erweiterung unterstrich ich, dass der Debatte der Staats- und Regierungschefs beim Europäischen Rat nicht vorgegriffen werden dürfe. Wichtig sei jedenfalls ein ausgewogener Ansatz mit gleichen Standards für alle Kandidatenländer. Außerdem sprach ich mich für eine

rasche Umsetzung des Konzepts der graduellen Integration des Westbalkans in die EU sowie des von der Europäischen Kommission vorgelegten Wachstumsplans für den Westbalkan aus. Die Debatte über interne Reformen der EU im Hinblick auf künftige Erweiterungen dürfe jedenfalls nicht zu Verzögerungen beim Erweiterungsprozess für die Westbalkanländer führen.

Zur Überprüfung des Mehrjährigen Finanzrahmens bekräftigte ich zum wiederholten Male die österreichische Position, dass es Kürzungen und Umschichtungen anhand einer Prioritätensetzung brauche, bevor auf frische Mittel zurückgegriffen werde. Neben der weiteren Unterstützung der Ukraine habe für Österreich vor allem die Bereitstellung substantieller Mittel für den Kampf gegen die irreguläre Migration und für den Außengrenzschutz Priorität.

Schließlich begrüßte ich die auf Initiative Österreichs geplante Behandlung des Themas Kampf gegen den Antisemitismus, zu dem angesichts des Anstiegs antisemitischer Vorfälle in Europa ein starkes Zeichen gesetzt werden müsse, sowie das Thema Migration, zu dem ich weitere Lösungsvorschläge, mehr finanzielle Ressourcen aus dem EU-Budget sowie die Stärkung der Zusammenarbeit mit sicheren Drittstaaten forderte.

Europäisches Semester 2024

Der spanische Ratsvorsitz und der am 1. Jänner 2024 nachfolgende belgische Ratsvorsitz stellten den für 2024 in Aussicht genommenen Zeitplan des Europäischen Semesters vor.

Schlussfolgerungen 1) zur EU-Erweiterung, 2) zur Bewältigung des demografischen Wandels in Europa sowie 3) über die Evaluierung des jährlichen Dialogs über die Rechtsstaatlichkeit in der EU

Der Rat behandelte insgesamt drei Schlussfolgerungen.

Er billigte die Schlussfolgerungen zur Bewältigung des demografischen Wandels in Europa sowie die jährlichen Schlussfolgerungen zur EU-Erweiterung. Zur EU-Erweiterung drückte ich mein Bedauern über das Ungleichgewicht des Textes in Hinblick auf die verschiedenen Kandidatenländer aus und wiederholte, dass dieselben Standards und Kriterien für alle Beitrittskandidaten gelten und angewandt werden müssten. Es könne kein fast-track-Verfahren bzw. Abkürzungen für den EU-Beitritt und keine zwei Klassen an Beitrittskandidaten geben. Dies brachte ich auch schriftlich im Rahmen einer Erklärung zu Protokoll.

Die Ergebnisse der im zweiten Halbjahr 2023 durchgeführten Evaluierung des jährlichen Rechtsstaatlichkeitsdialogs wurden in Schlussfolgerungen des Vorsitzes festgehalten.

Assoziierungsabkommen der EU mit Andorra und San Marino

Der Vizepräsident der Europäischen Kommission Maroš Šefčovič informierte über die Verhandlungen über ein Assoziierungsabkommen der EU mit Andorra und San Marino.

Änderung der Verordnung Nr. 1 zur Regelung der Sprachenfrage für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft

Der spanische Ratsvorsitz informierte über den Stand der Arbeiten zum Vorschlag, die Regionalsprachen Baskisch, Galizisch und Katalanisch in das Sprachenregime der EU aufzunehmen und die relevante Verordnung dahingehend zu ändern.

Sonstiges: Zukunft Europas und makroregionale Strategie Atlantikraum

Unter „Sonstiges“ informierte der spanische Ratsvorsitz über die unter seinem Vorsitz durchgeführten Arbeiten zum Thema Zukunft Europas, inklusive der Nachbereitungen der Konferenz zur Zukunft Europas im Rat, sowie über das Interesse der Atlantik-Anrainerstaaten, eine makroregionale Strategie für den EU-Atlantikraum zu errichten.

Sämtliche Ergebnisse der Ratstagung sind auf der Webseite des Rates (www.consilium.europa.eu) abrufbar.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

12. Jänner 2024

Mag. Karoline Edtstadler
Bundesministerin